

# Das nukleare Tabu wackelt

Der Atomwaffensperrvertrag scheint sich aufzulösen. Fällt mit ihm auch die nukleare Abschreckung?

**Berlin** – Am 6. und 8. August 2005 jährten sich zum 60. Mal die Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Seitdem haben wir uns an etwas gewöhnt, was wir das „nukleare Tabu“ nennen. Danach haben Kernwaffen zwar eine schreckliche Zerstörungskraft. Letztlich seien sie aber – so die Erfahrung des Kalten Krieges – ungefährlich, denn gerade wegen ihrer großen Wirkung würden sie erst gar nicht eingesetzt. Doch gilt dies auch noch in der Zukunft?

Die immerwährende Geltung von Tabus ist keineswegs gesichert. Vielmehr unterliegen sie dem gesellschaftlichen Wandel. Hinsichtlich des nuklearen Tabus besteht die zunehmende Gefahr, daß sich immer mehr Staaten Atomwaffen verschaffen und damit auch ihre Einsatzwahrscheinlichkeit steigt. Denn diese Waffen können zum Bestandteil von zwischenstaatlichen Konflikten werden. Selbst die USA und die Sowjetunion bedurften erst der Kuba-Krise von 1962, um einen „nuklearen Lernprozeß“ einzuläuten. Sollten aber in einer der Kuba-Krise vergleichbaren Situation, sei es beispielsweise im Nahen Osten, auf dem Indischen Subkontinent oder in Ostasien, eines Tages die Dinge schiefgehen und Kernwaffen tatsächlich eingesetzt werden, könnten wir von einem Tag auf den anderen in einer gänzlich anderen Welt leben. Das nukleare Tabu wäre gebrochen. Die Frage wäre dann, ob die Welt wieder zu einem viele Jahrzehnte andauernden Verzicht auf den Kernwaffeneinsatz zurückkehrte oder ob Nuklearwaffen zu einem mehr oder weniger „normalen“ militärischen Mittel würden.

Doch warum können wir schon in wenigen Jahren mit vielleicht 15 oder gar 20 Kernwaffenstaaten rechnen? Ein wesentlicher Grund ist die fundamentale Krise des Atomwaffensperrvertrages, der einzigen wirksamen Norm gegen die Verbreitung von Kernwaffen. Dieser nukleare Nichtverbrei-

tungsvertrag, der 1970 in Kraft trat, basiert auf einem komplizierten Tauschgeschäft. Fünf Staaten, nämlich die USA, die Sowjetunion (heute Rußland), China, Frankreich und Großbritannien wurden als Kernwaffenstaaten anerkannt, sie versprachen aber die schrittweise nukleare Abrüstung. Alle anderen Vertragsstaaten verzichteten auf Atomwaffen. Als Ausgleich wurde ihnen Unterstützung bei der zivilen Nutzung der Kernenergie zugesagt. Derzeit hat die Übereinkunft 188 Mitgliedsstaaten.

Die Krise des Vertrages, die sich zuletzt im Mai dieses Jahres anlässlich der turnusmäßigen Überprüfungskonferenz des Abkommens zeigte, als die Vertragsstaaten nach heftigem Streit ohne jegliches greifbares Ergebnis auseinandergingen, hat fünf Dimensionen:

Vertrageseinhaltung. Es gab und gibt immer wieder Staaten, die gegen das Abkommen verstoßen mit dem Ziel, Kernwaffen zu bauen. Angefangen bei Saddam Hussein in den achtziger Jahren über Libyen, das seine Bemühungen aber inzwischen eingestellt hat, bis hin zu Nordkorea, das dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag zwar beitrug, aber nie wirklich vorhatte, seine Bestimmungen auch zu befolgen. Inzwischen hat Pjöngjang sogar seinen Vertragsaustritt erklärt und verfügt womöglich schon über einige nukleare Sprengsätze. Schließlich hat der Iran über 18 Jahre lang nicht vorschriftsmäßig mit der internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) kooperiert. Ob dies auf ein Atomwaffenprogramm hindeutet, konnte die Behörde bisher nicht zweifelfrei feststellen. Die überwiegende Mehrzahl der internationalen Experten geht davon aber aus.

Abrüstung. Die Kernwaffenstaaten, vor allem aber die USA, sind nicht bereit, sich in der Frage der nuklearen Abrüstung einbinden zu lassen. Washington sperrt sich beispielsweise gegen das für die meisten Nichtkernwaffenstaaten so

wichtige umfassende nukleare Teststoppabkommen.

Mitgliedschaft. Nicht nur fordern Nichtkernwaffenstaaten die nukleare Abrüstung ein, sie sind auch nicht bereit, die Existenz dreier Kernwaffenstaaten, nämlich Indien, Pakistan und Israel, außerhalb des Vertrages dauerhaft anzuerkennen.

Überprüfung. Vor diesem Hintergrund finden Forderungen, die die eigentliche Nichtverbreitungsnorm stärken sollen, bei vielen Staaten von der Südhalbkugel keinerlei Rückhalt mehr.

Zivile Nutzung. Das Beispiel Iran zeigt, daß moderne Nuklear-technologie – nicht zuletzt wegen der Geschäfte des pakistanischen Atomhändlers A.Q. Khan – leichter verfügbar wird. Wer jedoch beispielsweise die Urananreicherung beherrscht, kann im Prinzip auch in kurzer Zeit Atomwaffen bauen. Daher bedürfte der Zugang zum vollen nuklearen Brennstoffkreislauf dringend der Neuregelung.

Wenn der Iran und Nordkorea mit ihren Atomprogrammen ungehindert fortfahren und der Atomwaffensperrvertrag seine Wirkung verliert oder sogar ganz verlorengelht, werden einige Staaten, deren Sicherheits- und Gelungsbedürfnisse betroffen sind, möglicherweise ebenfalls Atomwaffenprogramme aufnehmen. Dazu könnten etwa Ägypten, Saudi-Arabien, vielleicht sogar die Türkei, Japan, Taiwan, Südkorea, Indonesien, Südafrika, Brasilien und Argentinien gehören.

Vielleicht wird die nukleare Abschreckung, an die wir uns während des Kalten Krieges gewöhnt haben, auch noch dann funktionieren, wenn alle diese Länder Kernwaffen besitzen. Eine beruhigende Vorstellung ist das aber nicht.

*Oliver Thränert leitet die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin*